

Rede Neujahrsempfang 02.02.07

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

ich möchte Sie nun auch im Namen des FDP Kreisverbandes Lahn-Dill herzlich begrüßen und Ihnen ein gutes Neues Jahr wünschen.

Am Ende eines alten Jahres hält man gerne Rückblick – auch um zu sehen, was im neuen Jahr noch an Aufgaben vor uns liegt. Dazu habe ich mich gefragt, was wohl das bedeutsamste Ereignis der letzten 12 Monate für unser Land war.

- Die Fußballweltmeisterschaft war sicher das schönste Ereignis – und das nicht nur aus sportlichen Gründen –
- die Gesundheitsreform war das meist diskutierte,
- das überflüssigste war wohl die Mehrwertsteuererhöhung,
- das wichtigste nicht stattgefundene Ereignis war die vor der Bundestagswahl unisono angekündigte Steuervereinfachung.

Nein, das bedeutsamste Ereignis sollte eines sein, das für die zukünftige Entwicklung unseres Landes am wichtigsten ist, ihm einen Weg in die Zukunft weist.

Und da steht für mich die Diskussion über den Föderalismus und seine Reform ganz oben auf der Liste – und das obwohl und nicht weil sich dabei unser politisches System mit sich selbst befasst.

Ein wichtiger erster Schritt ist gelungen, weitere – insbesondere was die Verteilung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden betrifft – müssen folgen.

Noch wichtiger ist aber die tiefere Botschaft: Wir müssen endlich begreifen, dass kollektive Verantwortung, wie wir sie so gerne praktizieren, eben auch individuelle Verantwortungslosigkeit bedeutet.

Wir beziehen so gerne möglichst viele Ebenen und Gruppen in alle Entscheidungen ein und wundern uns dann, wenn jeder nur seine eigenen Interessen durchsetzt – moderner Begriff „Lobbyismus“ – und am Ende jeder sagt, dass er das Ergebnis eigentlich anders gewünscht hätte.

- Wer ist z.B. verantwortlich für die MWSt-Erhöhung? Die CDU? Die hatte immerhin 2% gefordert.
Die SPD? Die ist eben heute in eine Koalition eingebunden und nicht im Wahlkampf.
Der Bund? Der gibt das Geld ja angeblich weiter.
Die Länder? Welches genau?

- Wie war das mit der Gesundheitsreform, die heute im Bundestag beschlossen wurde? Haben Sie je von jemandem gehört, der für das Ergebnis in Gänze verantwortlich ist? Stattdessen Sonderregelungen für jede Gruppe – das führt zu 536 Seiten Paragraphen mit lauter Details. Soll das etwa eine klare Regelung sein?
- Wer ist verantwortlich dafür, dass in fast allen hessischen Gemeinden 2007 die Abwassergebühren steigen? Die Gemeindeparlamente, die die höheren Kosten der Abwasserverbände weitergeben? Die Zweckverbände, die große Staubecken gebaut haben? Das Land – damals rot-grün – das die EU-Vorgaben sehr genau umgesetzt hat und später – CDU-alleinregiert – auf ihrer Einhaltung bestanden hat oder die EU, die vor über 15 Jahren neue Umweltstandards beschlossen hat? Die Verantwortung ist so verteilt, dass jeder mit gutem Recht auf den anderen zeigen kann und nicht auszumachen ist, wer nun wirklich Ihre Gebührenerhöhung zu verantworten hat. Nur eines ist sicher: Sie müssen zahlen.

Mir wäre es lieber, eine Ebene, eine demokratisch legitimierte Institution würde die Entscheidung treffen und wäre dann auch für alle Folgen verantwortlich. Zudem ginge dies viel schneller als die heutigen komplizierten Entscheidungswege.

Klare Zuständigkeiten sind in der Konsequenz auch demokratischer, denn jeder, dem die Entscheidung nicht passt, wüsste genau, wen er abwählen muss.

- Wen wollen Sie eigentlich abwählen, wenn Ihnen die MWSt-Erhöhung nicht passt?
- Wen für die Gesundheitsreform?
- Wen für die Abwasserkosten?

In Wirklichkeit müssten wir aber noch mehr ändern als nur die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Wir müssten gerade als Politiker umdenken und bereit sein, ganze Aufgaben und damit mehr Verantwortung zu delegieren.

Nehmen Sie als Beispiel die Unterrichtsgarantie plus. Wir vertrauen dem Schulleiter und seinen Lehrern das wertvollste an, was wir haben: die Zukunft unserer Kinder. Aber die Landesregierung hat nicht das Vertrauen, jedem Schulleiter ein Budget von tausend Euro pro Lehrerstelle zu geben, das er eigenverantwortlich und ohne Bürokratie einsetzen kann, um Ersatz für ausgefallene Stunden zu organisieren.

Dass es auch anders geht, ist bewiesen. Als Ruth Wagner Wissenschaftsministerin war, hat sie mit den Universitäten einen Hochschulpakt geschlossen, in dem festgeschrieben wird, wie viel

Geld die Hochschulen erhalten und was sie dafür leisten müssen. Wie sie das Ziel erreichen und wie sie dazu ihr Geld ausgeben, ist Sache der Hochschulen.

Natürlich verliert man als Land auf diese Weise Einfluss. Man kann nicht mehr vorschreiben, wie die Universität ihr Geld verwendet oder langfristig sogar, welches Personal die Hochschule einstellt.

Aber man gewinnt viel mehr, als man verliert: Endlich kann man sich auf das konzentrieren, was der Bürger erwartet, nämlich, dass eine Einrichtung eine Leistung mit vorgeschriebener Qualität zu einem bestimmten Preis erbringt.

Meine Damen und Herren,
in einem Raum, der den Namen von Ernst Leitz trägt, der in vorbildlicher Weise beides verband, erfolgreiches Unternehmertum und Nutzung seiner Kenntnisse für die Gemeinschaft, soll es erlaubt sein, einen Blick auf die Wirtschaft zu werfen.

Ich will ein prominentes Beispiel nennen: Porsche ist heute eines der erfolgreichsten deutschen Industrieunternehmen. Wissen Sie warum? Wenn Sie einen Cayenne kaufen, dann stammen mehr als 90% der Teile nicht von Porsche selbst, sondern von Zulieferern. Ist ein Porsche deshalb qualitativ schlechter als andere Autos, bei denen es nur gut 60% sind? Im Gegenteil, dadurch dass Porsche sich auf seine Kernkompetenzen, also auf

das Wesentliche, beschränkt und Kriterien für die Zulieferer aufstellt, also die Zulieferer mit entsprechenden Verträgen aktiv managt, hat das Unternehmen Erfolg – und viele wollen dies kopieren.

Genau das muss auch die Politik lernen: Erfolg kommt dadurch, dass man sich auf die wesentliche Steuerung beschränkt, eine ganze Aufgabe übergibt und nicht von der Spitze, der Konzernleitung oder der Landesregierung, jedes Detail bestimmen will.

Das mögen für Politik und Verwaltung neue Wege sein, in der Wirtschaft werden sie seit langem erfolgreich beschritten.

Sie glauben nicht, dass das möglich ist? Dann lassen Sie mich mit den Worten eines großen Europäers schließen, Vaclav Havel:

„Aus meiner Erfahrung kann ich nur sagen: Politik ist nicht die Kunst des Möglichen, sondern des Unmöglichen.“

In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass uns im neuen Jahr manches Unmögliche gelingen möge.

Vielen Dank!